

Bundestagswahl: Was steckt drin?

Nicht nur beim Essen, auch in der Politik ist es wichtig zu wissen, was genau drinsteckt: In Wahlversprechen und Gesetzen verbergen sich oft Lobbyeinflüsse, die sich mit dem Gemeinwohl schlecht vertragen. Meist kommen solche Einflussnahmen erst ans Licht, wenn sie schon immense Schäden angerichtet haben. Jüngste Beispiele sind der Diesel-Skandal und der Steuerbetrug durch Cum/Ex-Geschäfte.



Lobbyismus gefährdet die Demokratie

Verflechtungen zwischen Autolobby und Politik halfen, die Manipulationen der Autoindustrie jahrelang zu vertuschen – ohne Rücksicht auf die Gefahren für Menschen und Umwelt. Und durch geschickte Intervention der Bankenlobby im Finanzministerium konnten Investoren die Staatskasse um viele Milliarden Euro plündern.

Die Schäden sind nicht nur finanzieller Art, sondern bedrohen die demokratische Substanz. Viele Bürgerinnen und Bürger verlieren das Vertrauen in eine Politik, die immer wieder zugunsten mächtiger Lobbygruppen entscheidet und die Interessen von

Schwächeren hintanstellt. Die zahlreichen Affären bei der Parteienfinanzierung, wie zuletzt der „Rent-a-Sozi“-Skandal um gekauften Zugang zu Spitzenpolitikern, verschärfen dies noch. Das treibt unsere Demokratie in eine tiefe Krise. Millionen Menschen gehen schon seit Jahren nicht mehr zur Wahl, manche wenden sich Demokratiegegnern zu.

Bisher tut die Politik viel zu wenig, um dieser Tendenz entgegenzusteuern und Vertrauen zurückzugewinnen. Wir sagen: **Wer regieren will, muss die Demokratie schützen und den Lobbyismus bändigen.**

Lobbyisten zur Offenlegung zwingen!

Deutschland steht bei der Lobbykontrolle im internationalen Vergleich nicht gut da. Tausende Lobbyist/innen arbeiten in Berlin täglich daran, die Interessen ihrer Auftraggeber politisch durchzusetzen. Und anders als in anderen Ländern müssen Lobbyist/innen in Deutschland nicht offenlegen, wer ihre Auftraggeber sind, welche Ziele sie verfolgen und wie viel Geld sie dabei einsetzen.

Besonders undurchsichtig sind die zahlreichen, oft international agierenden Lobbyagenturen und auf Lobbyarbeit spezialisierte Anwaltskanzleien. So sind beispielsweise neun Lobby-Firmen in Deutschland aktiv, die in Washington für die Interessen des saudi-arabischen Regimes arbeiten. Ob sie dies auch in Deutschland tun, ist bisher ein Geheimnis.



Foto: JUS Secretary of Defense/Public Domain

Wir sagen: Lobbyismus ist kein Job wie jeder andere. Wer Einfluss nehmen will auf Gesetze, die uns alle betreffen, muss seine Karten auf den Tisch legen. **Dafür braucht es ein verpflichtendes Lobbyregister** – die notwendige Grundlage für demokratische Lobbykontrolle.

Dafür haben wir im vergangenen Jahr eine Vorlage geliefert: mit einem Gesetzentwurf, der erstmals zeigt, wie ein Lobbyregister in

| Wer schreibt an Gesetzen mit?

Das Lobbyregister sorgt für klare Regeln und mehr Transparenz – und erschwert so beispielsweise verdeckte Kampagnen oder das unbemerkte Untertauchen von Ex-Politiker/innen bei Lobbyagenturen. Um sichtbar zu machen, wie Gesetze beeinflusst werden, brauchen wir zusätzlich eine „Legislative Fußspur“, die Lobby-Einmischungen ganz konkret offenlegt. Die meisten Gesetzentwürfe entstehen in den Bundesministerien – und dort sind Lobbyeinflüsse am größten und am wenigsten durchschaubar. Selbst die **Bundestagsabgeordneten haben in der Regel keine Ahnung, wer an den Gesetzestexten mitgeschrieben hat**, über die sie abstimmen.

Welche Folgen das haben kann, zeigt beispielhaft der Cum/Ex-Skandal, bei dem Finanzinvestoren unsere Staatskasse um viele Milliarden Euro plünderten. **Das Finanzministerium hatte in einem Gesetzentwurf fast wortwörtlich Formulierungen der Bankenlobby übernommen**, ohne dass Öffentlichkeit und

| Politischer Einfluss darf nicht vom Geldbeutel abhängen

In Deutschland bieten Unternehmen, Wirtschaftsverbände und superreiche Einzelpersonen gigantische Summen auf, um politisch Einfluss zu nehmen: **Parteispenden und Partesponsoring sind – anders als in anderen Ländern – in unbegrenzter Höhe möglich.** So spendete etwa der 1&1-Eigner Dommermuth eine halbe Million Euro für den aktuellen Wahlkampf der CDU. Direkt nach der letzten Bundestagswahl floss fast eine Million Euro aus der Schatulle der BMW-Eignerfamilie an CDU und FDP.

Hinzu kommt: Viele Millionen Euro, die jedes Jahr an Parteien fließen, bleiben anonym – und das, obwohl das Grundgesetz eigentlich Offenlegung verlangt. Parteien und Geldgeber nutzen dabei allerlei Schlupflöcher in den gesetzlichen Regelungen. So fließen jedes Jahr Millionen Euro anonym in Form von „**Sponsoring**“ an die Parteien, weil das Parteiengesetz nur die Offenlegung von Spenden vorschreibt. Das nutzt etwa der BMW-Konzern: seit 2014 hat er komplett von Spenden auf Sponsoring umgestellt.

Deutschland funktionieren kann. Das hat die lange Zeit verfahrenere Debatte wieder in Gang gebracht: Die pauschalen Einwände von CDU/CSU, die mehr Transparenz grundsätzlich ablehnen, ziehen nicht mehr. Und die SPD erarbeitete nach unserem Aufschlag selbst einen Gesetzentwurf. Doch ein Entwurf ist noch kein Gesetz. **Nur mit genügend Druck vor der Wahl können wir es schaffen, dass Lobbykontrolle nach der Wahl Wirklichkeit wird.**

Parlament davon wussten. Wäre bekannt gewesen, von wem das Ministerium abschrieb, hätten Abgeordnete, Medien, unabhängige Fachleute und Bürger/innen sicher genauer hingeschaut. Und dann wäre rechtzeitig aufgefallen, dass das Gesetz dem gigantischen Steuerbetrug keinen Riegel vorschob, sondern das Problem noch vergrößerte.

Die „Legislative Fußspur“ macht solche Einmischungen von Lobbyist/innen sichtbar – und zeigt auch, wenn von einem Gesetz betroffene Gruppen gar nicht gehört werden. Sei es, weil sie gar keine Lobby-Vertretung haben, oder weil ein Ministerium gar nicht auf die Idee kam, sie von einem Gesetzesvorhaben zu informieren. Gefährliche Schieflagen bei der Berücksichtigung von Interessen werden so deutlicher – das ist wichtig, um Ungleichgewichten endlich besser entgegenzuwirken.

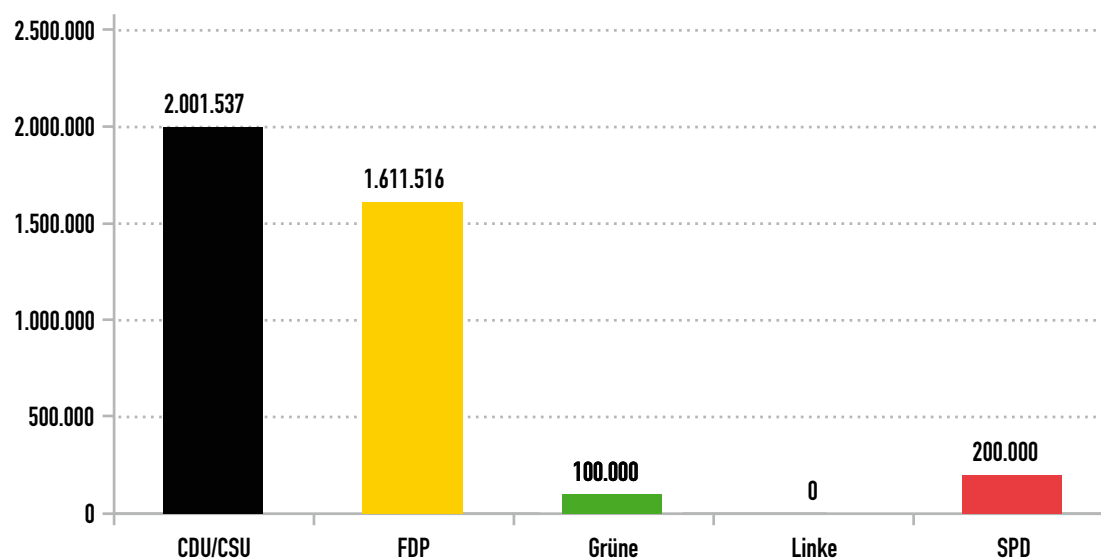
Dabei untergräbt Einflussnahme in verdeckter Form die Demokratie noch mehr, als wenn sie für jede und jeden erkennbar ist.

Recherchen von uns haben gezeigt, dass es bei Sponsoring teils um noch höhere Beträge geht als bei Parteispenden. Ein Beispiel: Von rund 98.000 Euro, die die CDU in 2015 vom Tabakkonzern Philip Morris erhielt, tauchen 83.000 Euro nicht im Rechenschaftsbericht der Partei auf. Denn sie waren nicht als Spende, sondern als Sponsoring deklariert. Auf diese Weise kaufte sich der Tabakmulti bei Unions-Veranstaltungen ein.

Wir sagen: **Finanzielle Einflussnahme gehört offengelegt – auch beim Sponsoring. Und sie muss endlich gesetzlich begrenzt werden!** Denn Demokratie hat eine einfache Grundregel: Jede Stimme muss gleich viel zählen.

Großspenden an Parteien 2017

Parteispenden über 50.000 € – Stand: 14.8.2017, Quelle: Deutscher Bundestag



Nur Spenden, die im Einzelfall 50.000 Euro übersteigen, werden zeitnah veröffentlicht. Darunter liegende Beträge, die im Wahlkampf 2017 fließen, werden erst 2019 mit den Rechenschaftsberichten der Parteien bekannt. Wir fordern: Spenden sollen auf maximal 50.000 Euro begrenzt und ab 10.000 Euro sofort veröffentlicht werden. Daten: Deutscher Bundestag.

Warum wir jetzt gemeinsam etwas bewegen können

Ohne öffentlichen Druck fassen die Parteien das Thema Lobbykontrolle nur mit Samthandschuhen an. Im Wahlkampf jedoch müssen sie sich den Bürgerinnen und Bürgern stellen. **Wir können etwas bewegen, wenn jetzt viele Menschen sagen: So kann es nicht weitergehen!**

Im letzten Wahlkampf 2013 konnten wir mehrere kleine Erfolge verbuchen: So führte die Debatte um Rednerhonorare des SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück dazu, dass Abgeordnete seither ihre bezahlten Nebentätigkeiten umfassender offenlegen müssen als zuvor. Außerdem wurden endlich das Gesetz gegen Abgeordnetenkorruption verschärft und eine – noch zu weiche – Regelung eingeführt, die „fliegende Wechsel“ von Spitzenpolitiker/innen in Lobbyjobs eindämmen kann.

Jetzt gilt es, einen entscheidenden Schritt weiterzukommen. Machen wir den Parteien im Wahlkampf klar, dass sie um Lobbykontrolle nicht mehr herumkommen: **Keine Regierung ohne Lobbyregulierung!**



Foto: Jakob Huber/LobbyControl

Von den Spitzenkandidat/innen der Parteien verlangen wir:



> **Schaffen Sie ein verpflichtendes Lobbyregister**, in dem alle Lobbyist/innen ihre Auftraggeber, Ziele und Budgets offenlegen müssen.



> **Führen Sie eine „Legislative Fußspur“ ein**, die Lobbyeinflüsse auf Gesetzesvorhaben öffentlich sichtbar und diskutierbar macht.



> **Verschärfen Sie die Regeln der Parteienfinanzierung:**
Begrenzen Sie Großspenden und legen Sie endlich offen, wer mit welchen Summen Parteien sponsert.

Bitte helfen Sie, damit wir viele werden: Machen Sie Freundinnen und Freunde auf unseren Appell zur Bundestagswahl aufmerksam – und diskutieren Sie unsere Forderungen mit den Kandidatinnen und Kandidaten in Ihrem Wahlkreis. Vielen Dank für Ihr Engagement!



Unser Appell zur Bundestagswahl:
www.lobbycontrol.de/was-steckt-drin



LobbyControl ist ein gemeinnütziger Verein, der über Machtstrukturen und Einflusstaktiken in Deutschland und der EU aufklärt. Wir liefern aktuelle Recherchen und Hintergrundanalysen. Mit Kampagnen und Aktionen machen wir Druck für politische Veränderung. LobbyControl setzt sich ein für eine lebendige und transparente Demokratie.

V.i.S.d.P.:

Imke Dierßen, LobbyControl e. V.,
Am Justizzentrum 7, 50939 Köln

www.lobbycontrol.de